

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(23. - öffentliche - Sitzung am 31. August 2023)

Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes und des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - Drs. 19/1595

Der Ausschuss bespricht Verfahrensfragen und bittet die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung. Ferner bittet er die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände, zu dem Gesetzentwurf und der Unterrichtung durch die Landesregierung schriftlich Stellung zu nehmen.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drs. 19/1225

Der Ausschuss nimmt die schriftliche Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und beschließt, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, die Anzuhörenden gegenüber der Landtagsverwaltung so schnell wie möglich zu benennen. Die Koalitionsfraktionen stellen einen Änderungsvorschlag in Aussicht.

3. **Verkehrswege, Infrastruktur und Kulturgüter schützen - Nulltoleranzstrategie gegen radikale Klimaaktivisten!**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/112

Die antragstellende Fraktion stellt einen Änderungsvorschlag vor. Der Ausschuss schließt die Beratung ab. Er empfiehlt dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

4. **Effektive Bekämpfung der Clankriminalität in Niedersachsen installieren!**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/871

Der Ausschuss lehnt den Antrag des Mitglieds der AfD-Fraktion, eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen, mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen ab.

Er schließt sodann die Beratung ab und empfiehlt dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

5. **Wohlstand für alle erhalten - gezielte Arbeits- und Fachkräfteeinwanderung organisieren, Qualifizierungsoffensive für abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit Aufenthaltsrecht**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/879

Der Ausschuss nimmt die schriftliche Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und bittet sie um eine ergänzende mündliche Unterrichtung zur aktuellen Rechtslage. Aus Zeitgründen sieht er hierfür eine Erweiterung der regelmäßigen Unterrichtung durch die Landesregierung zur aktuellen Situation bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine und Asylbewerbern in der nächsten regulären Sitzung vor.

Ferner kommt der Ausschuss überein, zu dem Antrag eine mündliche Anhörung durchzuführen. Er sieht hierfür die für den 2. November 2023 geplante Sitzung vor und bittet die Fraktionen, die Anzuhörenden gegenüber der Landtagsverwaltung zeitnah zu benennen.

Die Koalitionsfraktionen stellen einen Änderungsvorschlag in Aussicht.

6. **Einführung von Distanzelektroimpulsgeräten im Streifendienst der Polizei in Niedersachsen**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/1320

Der Ausschuss lehnt den Antrag des Mitglieds der AfD-Fraktion, eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen, ebenso wie den Antrag der CDU-Fraktion, die Beratung fortzusetzen, mehrheitlich ab.

Er schließt sodann die Beratung ab und empfiehlt dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: CDU

7. **Kommunen und Länder bei der Aufnahme von Geflüchteten sofort entlasten - Länderrechte bei Aufnahmezusagen des Bundes nach § 23 Abs. 2 Aufenthaltsgesetz stärken!**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/1235

Der Ausschuss schließt die Beratung ab und empfiehlt dem Landtag vorbehaltlich des Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU

Enthaltung: AfD

8. **Erweiterung der Polizeilichen Kriminalstatistik und weiterer polizeilicher Lagebilder**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/1242

Der Ausschuss schließt die Beratung ab und empfiehlt dem Landtag, den Antrag anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

9. **Für Ordnung und Humanität in der Ausländer- und Asylpolitik - Hilfsbereitschaft der Bevölkerung erhalten. Irreguläre Migration spürbar reduzieren - Ausreisepflicht abgelehnter Asylbewerber konsequent durchsetzen**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/1587

Der Ausschuss bespricht Verfahrensfragen und bittet die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung.

10. **Die Polizei und niedersächsischen Bürger vor neuen Arten von Bedrohungen schützen - Reaktionsfähigkeit der Polizei gegenüber Terroristen und anderen gefährlichen Kriminellen durch Ausrüstung mit G38-Gewehren erhöhen**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/1719

Der Ausschuss erörtert die Grundzüge des Antrags und bespricht Verfahrensfragen. Er bittet die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung.

11. **Ausbildungsstau bei den Feuerwehren abbauen**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/1398

Der Ausschuss lehnt den Antrag des Mitglieds der AfD-Fraktion, eine mündliche Anhörung zu dem Antrag durchzuführen, mehrheitlich ab.

Er schließt sodann die Beratung ab und empfiehlt dem Landtag vorbehaltlich des Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: CDU

12. **Beschlussfassung über die Einladung der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens zur Anhörung am 28. September 2023 anlässlich der Vorstellung des Kommunalberichtes 2023**

Der Ausschuss lädt die kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens zu der Vorstellung des Kommunalberichtes 2023 ein.

13. **Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung:**

Beschluss des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung vom 9. Februar 2023 auf Aktenvorlage zu den Verbindungen der Niedersächsischen Landesregierung zur Russischen Föderation im Zeitraum von 19.02.2013 bis heute

Der Ausschuss fasst den Beschluss über die Vertraulichkeit gemäß § 95 a GO LT der mit Schreiben der Niedersächsischen Staatskanzlei vom 26. Juli 2023 als erste Tranche vorgelegten Unterlagen, soweit sie darin als vertraulich gekennzeichnet wurden.

14. **Hohes Sicherheitsrisiko durch Geldautomatensprengungen für Anwohner und Einsatzkräfte - Tatanreize durch gesetzliche Vorgabe zum besseren Schutz von Geldautomaten beenden**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/116

Der Ausschuss schließt die Beratung ab und empfiehlt dem Landtag, den Antrag anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: -

Enthaltung: CDU, AfD

15. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss kommt überein, im Zusammenhang mit der auf Themen des Bevölkerungsschutzes ausgerichteten Konferenz CPNetCon am 23. November 2023 eine auswärtige Sitzung auf dem Messegelände in Hannover durchzuführen und bespricht in diesem Zusammenhang weitere Verfahrensfragen.